



HANDLUNGSEMPFEHLUNG

Von Jung bis Alt in Frankfurt - Chancen und Herausforderungen
von Intergenerationalität

**DEMOKRATIE
KONVENT** mehr als
wählen

INHALT

VORWORT	3
NÄCHSTE SCHRITTE	5
AUF EINEN BLICK	6
Forderungen	6
Projektideen.....	6
EINFÜHRUNG	8
ZUM PROZESS	9
ZUM THEMA	10
DIE FORDERUNGEN IM EINZELNEN	11
Intergenerationale Stadtplanung.....	11
Politische Teilhabe für junge Menschen.....	13
Gutes (intergenerationales) Klima	15
DIE PROJEKTE IM EINZELNEN	17
Erweiterung von “Frankfurt hilft”	17
Digitale Feuerwehr	18
Zentrum für intergenerationale Nachbarschaftsbegegnungen.....	19
Bezahlbares Wohnen für Hilfe	21
Mein Leben, Dein Leben - Dialog in der Schule.....	23
Barrierefreie Mobilität	24
Ei-Gude-Platz	25
#750.000 für 750.000	26
ZUSAMMENFASSUNG	28
TEILNEHMENDE UND MAW-TEAM	30
UNTERSCHRIFTEN	31
UNSERE KOOPERATIONSPARTNER	32

VORWORT

Liebe Bürger*innen,

Frankfurt ist die Stadt der Debatten und der Demokratie. Es ist daher kein Zufall, sondern steht in dieser Tradition, dass der Demokratiekonvent ein solcher Erfolg ist. Mir gefällt besonders, dass die Idee des Demokratiekonvents die Debatte von Menschen aus allen Teilen unserer Stadt ist. Frankfurterinnen und Frankfurter, die in der Meinungsbildung unterrepräsentiert sind, werden gezielt angesprochen, eingeladen und zur Mitarbeit ermutigt. Ich sehe im Format des Demokratiekonvents eine wertvolle Ergänzung zu unserer repräsentativen Demokratie. Und die aus dem Format entwickelten Projektideen zeigen, dass es nicht um folgenlose Diskussionen, sondern um Vorhaben geht, die das Leben der Frankfurterinnen und Frankfurter konkret und spürbar verbessern. Es geht um eine neue Beteiligungskultur und es geht darum, die Demokratie mit mehr Leben zu füllen.

Wir alle wissen, unsere Freiheit und unsere Demokratie - nicht nur, aber auch in der Bundesrepublik - stehen unter dem Druck populistischer und autoritärer Politikkonzepte. Die Antwort darauf darf kein weniger an Demokratie, sondern muss ein „mehr Demokratie wagen“ sein. So wie es Willy Brandt einmal zu Beginn einer Modernisierungsepoche unseres Landes bei seinem Amtsantritt formuliert hat. Es geht dabei nicht nur um die Einhaltung der formalen Prozesse unserer Demokratie, so wichtig diese auch sind, es geht darum, dass alle Bürgerinnen und Bürger das berechnete Gefühl haben, auch im Alltag Teil der Entscheidungsprozesse und vor allem auch der Entscheidungsfindung zu sein. Es muss darum gehen, was eine Bürgerin oder Bürger sagt und nicht, wer es sagt. Das bessere Argument soll in einer funktionierenden Demokratie den Ausschlag geben.

So kann ich die Aussagen zum Thema Intergenerationalität nur unterstützen: Die politische Teilhabe von jungen Menschen soll gestärkt werden, und die Stadt ist gefordert, die Perspektiven unterschiedlicher Generationen ganzheitlich in ihre Planungsvorhaben und -prozesse zu integrieren.

Mit dem Thema Intergenerationalität widmet sich der dritte Demokratiekonvent einer für unser Frankfurt und für die Bundesrepublik zentralen Frage. Unsere Gesellschaft zerfällt in immer kleinere Teilbereiche, die sich in ihren Meinungen nicht hinterfragen, sondern bestärken. Wir können aber nur lernen, wenn wir uns mit der Lebenswirklichkeit und Realität anderer Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzen. Wenn wir bereit sind, unsere Ansichten und Überzeugungen an den Meinungen und Überzeugungen anderer zu messen und unser Handeln zu reflektieren. Kurz: Eine offene Gesellschaft braucht den offenen Diskurs, und sie braucht auch den Streit um den richtigen Weg in die Zukunft. Und neben vielen anderen großartigen Facetten

unseres Demokratiekonvents ist es die Art, wie dieser Diskurs organisiert und geführt wird, die mir imponiert. Offen, kritisch und selbstbewusst, diese drei Worte fallen mir dazu ein. Und es sind diese drei Worte, die mir auch einfallen, wenn ich an unsere Heimatstadt Frankfurt denke. Es gibt keinen besseren Ort als unsere Stadt, um aus dieser tollen Idee auch für die Zukunft einen Erfolg zu machen. Den ehrenamtlich engagierten Machern gilt nicht nur mein Dank, Ihnen gilt meine Hochachtung, die ich mit einer Bitte verbinden will: Machen Sie weiter, im Interesse unserer Demokratie und unserer Stadt.

Was passiert also mit den Ergebnissen, die in der vorliegenden Handlungsempfehlung festgehalten sind? Zunächst werden sie im April bei einer gemeinsamen Pressekonferenz verschiedener Dezernentinnen und Dezernenten der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Anschließend werden die Ergebnisse in die relevanten Ausschüsse sowie in die Fraktionen der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung getragen und dort diskutiert. Zu guter Letzt wird zum Ende dieses Jahres bei einer öffentlichen Veranstaltung mit den Teilnehmenden und den beteiligten städtischen Akteuren gemeinsam darauf geschaut, was bis dahin konkret mit den Forderungen und Projektideen passiert ist. Als Oberbürgermeister stehe ich hinter diesem Prozess und werde ihn aufmerksam mitverfolgen.

Ihr



Mike Josef
Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

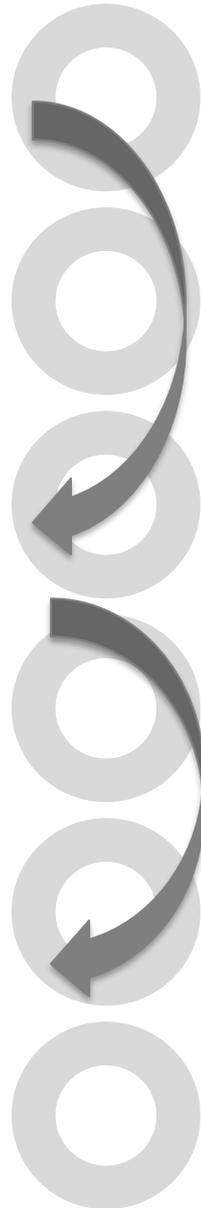


NÄCHSTE SCHRITTE

Pressekonferenz mit zuständigen
Dezernaten
April 2024

Präsentation in Ausschüssen der
Stadtverordnetenversammlung
Ab Mai 2024

1 Jahr danach Veranstaltung: Was
ist mit den Ergebnissen passiert?
Ende 2024



AUF EINEN BLICK

Der Demokratiekonvent hat sowohl Forderungen als auch konkrete Projekte erarbeitet - Hinweise zum Prozess und zur Arbeitsweise finden sich auf Seite 9. Dieser Überblick stellt die Kernforderungen dar. Einige Forderungen rufen vor allem zur politischen Debatte auf und richten sich an die städtische Politik, die Projektideen dagegen sollen von Politik und Verwaltung hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit geprüft werden.

Forderungen

Wir fordern, dass die politische Teilhabe von jungen Menschen gestärkt wird.
Siehe Seite 11

Wir fordern, dass die Stadt die Perspektiven und Bedürfnisse unterschiedlicher Generationen in die stadtplanerischen Prozesse und Vorhaben integriert.
Siehe Seite 13

Wir fordern die Förderung eines guten (intergenerationalen) Klimas im gesamten Stadtbereich.
Siehe Seite 15

Projektideen

Die Plattform "Frankfurt hilft" soll zur zentralen Anlaufstelle für ehrenamtliches Engagement ausgebaut werden, um bestehende Angebote bekannter zu machen und ein besseres matching zwischen Helfer*innen und Hilfesuchenden zu ermöglichen.
Siehe Seite 17

Das Projekt "Digitale Feuerwehr" will das bestehende Angebot an Technik-Cafés ausbauen, einen Stadtteilbus zu einem mobilen IT-Café umbauen und eine Hotline für eine Notfall IT-Beratung einrichten.
Siehe Seite 18

Das Projekt "Zentrum für intergenerationale Nachbarschaftsbegegnungen" zielt darauf ab, in jedem Stadtteil ein professionell geführtes Zentrum für intergenerative Nachbarschaftsbegegnungen zu errichten.
Siehe Seite 19

Das Projekt "Bezahlbares Wohnen für Hilfe" will eine Wohnungsbörse für die Vermietung von Wohngelegenheiten von Senior*innen an Studis und Azubis ins Leben rufen, um die Wohnungsknappheit von Jüngeren und die Einsamkeit im Alter durch kostengünstiges Zusammenleben und Alltagshilfe zu bekämpfen.

Siehe Seite 21

Das Projekt "Mein Leben, Dein Leben - Dialog in der Schule" bringt ehrenamtliche "Lebensexpert*innen" mit vielfältigen beruflichen und privaten Hintergründen ins Gespräch mit Schüler*innen an weiterführenden Schulen, um den Dialog und Wissenstransfer zwischen den Generationen zu fördern.

Siehe Seite 23

Das Projekt "Barrierefreie Mobilität" sieht den Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum vor, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für ältere Personen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität zu vereinfachen.

Siehe Seite 24

Das Projekt "Ei-Gude-Platz" soll auf Quartiersebene einen Ort für Begegnung und Austausch schaffen und perspektivisch mit weiteren Angeboten wie Bücher- und Spieleschränken oder Urban Gardening verbunden werden.

Siehe Seite 25

Das Projekt "#750.000 für 750.000" sieht die Erstellung eines Instagram-Accounts für das Ehrenamt inklusive der Ernennung von zwei Ehrenamts-Botschafter*innen vor, um das ehrenamtliche Engagement in Frankfurt zu fördern.

Siehe Seite 26

EINFÜHRUNG

Der Frankfurter Demokratiekonvent ist ein gelostes Gremium, bei dem Frankfurter*innen an vier Tagen die städtische Politik mitgestalten. Bei der Auswahl wird ein Verhältnis von zwei Drittel zufällig ausgewählten Teilnehmenden und einem Drittel von gezielt angesprochenen Personen aus unterrepräsentierten Gruppen angestrebt. So wird Dialog zwischen allen Teilen der Gesellschaft ermöglicht. Die Teilnehmenden des Demokratiekonvents erarbeiten an vier Tagen gemeinsam eine Handlungsempfehlung für die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung sowie die betroffenen Dezernate. Dies geschieht in moderierten Kleingruppen und begleitet durch Expert*innen. Dadurch wird gewährleistet, dass für jede*n niedrigschwelliger Zugang möglich ist. In den Jahren 2019 und 2021 wurden bereits erfolgreich Demokratiekonvente zu den Themen Bürger*innenbeteiligung und Klimapolitik durchgeführt.

Der dritte Demokratiekonvent hatte die Generationenbeziehungen in Frankfurt zum Thema und trug den Titel „Von Jung bis Alt in Frankfurt – Chancen und Herausforderungen von Intergenerationalität“.

Der Demokratiekonvent wird von mehr als wählen e. V. durchgeführt und findet in Kooperation mit der Stadt Frankfurt statt, die den Demokratiekonvent auch finanziell unterstützt. mehr als wählen e.V. ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Frankfurt am Main, der sich die Förderung demokratischer Räume, demokratischer Innovationen und politische Bildung zum Ziel gesetzt hat. Das Besondere an der zufälligen Auswahl der Teilnehmer*innen ist, dass es politische Beteiligung für alle in Frankfurt gemeldeten Menschen ermöglicht. Die Berücksichtigung unterrepräsentierter Gruppen dient dazu, Politik auch für Menschen zugänglich zu machen, die aufgrund des Selektionsbias üblicherweise von politischer Beteiligung ausgeschlossen sind (ob bewusst oder unbewusst). Dies betrifft beispielsweise Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit körperlicher Einschränkung und Menschen mit formal niedrigem Bildungsabschluss. Das Projekt bringt Menschen, die sonst nicht miteinander sprechen würden, miteinander in den Dialog. Außerdem gelingt es mit diesem Format, Prozesse politischer Entscheidungsfindung erlebbar zu machen. Insofern schließt es eine Lücke zwischen Bürger*innen und Politiker*innen und dient als niedrigschwelliges Beteiligungsinstrument.

ZUM PROZESS

Die 55 Teilnehmenden haben an vier Tagen verschiedene Forderungen und Projektideen zum Thema des Zusammenlebens unterschiedlicher Generationen in Frankfurt entwickelt. An den ersten beiden Tagen des Konvents stand dabei zunächst das Vertrautmachen mit dem Thema, dem Format und der Gruppe im Vordergrund. Wissenschaftliche Vorträge von Dr. Miranda Leontowitsch und Prof. Johannes Pantel dienten dazu, Begrifflichkeiten und Hintergründe zu klären sowie einige aktuelle Herausforderungen vorzustellen, mit denen sich Generationen gemeinsam oder einzeln konfrontiert sehen. Anschließend fand ein „Marktplatz der Möglichkeiten“ mit zivilgesellschaftlichen und städtischen Akteur*innen statt, der die Teilnehmenden zum einen über bestehende Initiativen und Projekte in Frankfurt informieren und zum anderen zum eigenen Nachdenken über Projektideen inspirieren sollte.

Am zweiten Wochenende wurde dann - orientiert an den Interessen der Teilnehmenden - zu ausgewählten Themengebieten vertieft gearbeitet. Die Themenbereiche reichten dabei von Digitalisierung und Mobilität über Ehrenamt und Wohnen bis hin zu Nachbarschaftsbegegnungen, welche durch neun Kleingruppen bearbeitet wurden. Um eine Rückkopplung der Projektideen an die aktuelle Situation der Stadt Frankfurt zu ermöglichen, gab es einen Austausch zwischen den Kleingruppen und ausgewählten Stadtverordneten. Die Vorstellung und Abstimmung der Ergebnisse fand am Ende des vierten Tages im Plenarsaal des Römers statt. Die Priorisierung der Projektideen durch die Teilnehmenden bildet sich in der Reihenfolge der Forderungen und Projektideen in dieser Handlungsempfehlung ab. Anwesend waren die Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner, Bürgermeisterin Nargess Eskandari-Grünberg, Stadtkämmerer Bastian Bergerhoff, der Dezernent für Planen und Wohnen Marcus Gwechenberger, die Beteiligungsdezernentin Eileen O'Sullivan sowie Vertreter*innen verschiedener Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung. Der Demokratiekonvent tagte am 18./19. November und am 02./03. Dezember 2023.

ZUM THEMA

Das Zusammenleben der Generationen lässt sich nicht exklusiv einem Politikbereich oder einem Dezernat zuordnen. Klar ist, dass jeder Mensch im Laufe seines Lebens auf vielfältige Weise in Generationenbeziehungen eingebunden ist. Dass Eltern ihren Kindern gegenüber Verpflichtungen haben und diese im Laufe der Zeit auf die Kinder übergehen, ist für die meisten von uns selbstverständlich. Mit zunehmender Lebenserwartung bestehen auch immer längere Beziehungen zwischen Großeltern und ihren Enkeln. Die erweiterte Familie ist aus dieser Perspektive weiterhin die soziale Einheit schlechthin und nimmt in ihrer Bedeutung sogar zu. Auf der anderen Seite findet seit einigen Jahrzehnten eine zunehmende Flexibilisierung von Familienstrukturen statt. Kinder leben aus beruflichen oder persönlichen Gründen immer häufiger außerhalb des Wohnorts Ihrer Eltern. Dies kann beide Seiten vor Herausforderungen stellen. Während die Eltern nicht mehr ohne weiteres auf alltägliche Unterstützungs- und Pflegeleistungen ihrer Kinder zählen können, fallen für die elterngewordenen Kinder die Großeltern als Betreuer*innen und Bespaßer*innen für die eigenen Kinder weg. Hinzukommen Alleinstehende und Paare, die sich bewusst für ein Leben ohne Kinder entscheiden. Der Sozialstaat kann in diesen und anderen Fällen unterstützen und übernimmt traditionell eine Ausfallbürgschaft, wenn familiäre Auffangnetze versagen. Im Zuge des demographischer Wandels, eines andauernden Pflegenotstandes und vielfältiger gesellschaftlicher Krisen – unter anderem des Klimawandels, der selbst zunehmend einen Generationenkonflikt darstellt – gerät dieses Arrangement jedoch von verschiedenen Seiten unter Druck.

Viele Aspekte dieser Entwicklung sind alles andere als eine Verfallsgeschichte der Familie, sondern das natürliche Resultat einer Zunahme individueller Freiheitsräume und Lebensmodelle. Ziel des diesjährigen Demokratiekonvents war es, dieser Vielschichtigkeit von Intergenerationalität Rechnung zu tragen und politische Beteiligung für die verschiedenen Generationen zu ermöglichen. Diesem Anspruch in vier Tagen mit einer Gruppe sich fremder Menschen mit unterschiedlichem Vorwissen sowie anderen Perspektiven und Erfahrungen gerecht zu werden, ist eine Herausforderung. Neben zentralen übergeordneten Forderungen (z.B. stärkere politische Teilhabe junger Menschen, Berücksichtigung generationenspezifischer Bedürfnisse bei der Stadtplanung) gibt es ganz konkrete Projektideen (z.B. Mein Leben, dein Leben – Dialog in der Schule, Bezahlbares Wohnen für Hilfe). Wir sehen in diesem breiten Maßnahmen- und Forderungskatalog die Chance, das Zusammenleben der Generationen in Frankfurt auf unterschiedlichen Ebenen positiv zu beeinflussen.

DIE FORDERUNGEN IM EINZELNEN

Intergenerationale Stadtplanung

Bei der Stadtplanung sollen die Bedürfnisse aller Generationen berücksichtigt werden.

Wir fordern, dass die Stadt die Perspektiven unterschiedlicher Generationen ganzheitlich in ihre Planungsvorhaben und -prozesse integriert. Es wird anerkannt, dass die Stadt insbesondere über die Finanzierung des *Netzwerks Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen* Projekte des mehrgenerationalen Wohnens ermöglicht und fördert. Auch die *Stabsstelle für Wohnungsmarkt, Mietrecht, innovative Wohnprojekte* ist ein wichtiger Baustein, um Initiativen des intergenerationalen Zusammenlebens im Bereich des Wohnens zu stärken. Darüber hinaus erachten wir es als notwendig, in der Breite eine mehrgenerationale Perspektive in stadtplanerischen Prozessen zu verankern. Nur so kann die Stadt Frankfurt sich insgesamt – über Inseln des intergenerationalen Zusammenlebens hinaus – zu einem Ort entwickeln, an dem die Generationen nicht nur nebeneinander, sondern miteinander leben.

Ein möglicher Mechanismus, um dies umzusetzen, wäre die Integration einer dezidiert intergenerationalen Komponente in die *Allgemeinen Leitlinien für die Bauplanung und Bauberatung*. Das könnte bedeuten, dass sich Bauprojekte und stadtplanerische Vorhaben grundsätzlich und dokumentiert zu einem frühen Zeitpunkt mit den Konsequenzen befassen müssen, die sie auf spezifische Generationen und ihr Miteinander haben. Auch wenn diese Effekte bereits bei anderen verankerten Kriterien indirekt eine Rolle spielen und geprüft werden, halten wir es für wichtig, dass sie explizit benannt und auf eigene Füße gestellt werden. Von der Verankerung in den Leitlinien könnte sich die intergenerationale Perspektive dann über Bebauungspläne, städtebauliche Verträge und bei der Bauberatung in konkrete Planungen übersetzen. Davon erhoffen wir uns über einzelne Wohnprojekte hinaus einen positiven Effekt auf die Gestaltung Frankfurts im Ganzen. Beispiele wären etwa die Planung von für alle leicht zugänglichen Grünanlagen, der Schutz von öffentlichen Spielgeräten vor Missbrauch, der Bau von sicheren Fahrradwegen und die Einrichtung von öffentlichen Räumen für Jugendliche. Insbesondere für die ältere Generation steht hierbei der Aspekt der Sicherheit und Zugänglichkeit im Vordergrund. Ein weiterer Ansatzpunkt wäre die Fortführung und Verstärkung der Inklusion unterschiedlicher Generationen laufenden Projekt *MitteFrankfurt* zur Zukunft der Innenstadt. Die neu gegründete Agentur des städtischen Wandels soll hier ihrer Selbstbeschreibung als „Ideenschmiede“ gerecht werden und unterschiedliche Generationen zur Erarbeitung konkreter Projekte miteinbeziehen.

Bei diesen und anderen Umsetzungswegen befürworten wir ausdrücklich die Kooperation mit dem *Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen* und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Die Forderung nach einer ganzheitlichen Verankerung versteht sich ausdrücklich nicht in Konkurrenz, sondern als Ergänzung und Rahmung bestehender erfolgreicher Wohnprojekte wie etwa Mehrgenerationenhäuser.

Abstimmungsergebnis:

42 Ja, 4 Nein, 0 Enthaltung

Politische Teilhabe für junge Menschen

Die Politische Teilhabe von jungen Menschen soll gestärkt werden.

Demokratische Gesellschaften leben von der Repräsentation pluraler und vielseitiger Perspektiven auf die Herausforderungen unserer Zeit. Insbesondere der Austausch zwischen Jung und Alt erscheint bedeutsam, vollziehen sich soziale und technologische Transformationen doch mit einer zunehmenden Geschwindigkeit. Allerdings fällt die politische Beteiligung junger Menschen im Verhältnis zu anderen Generationen gering aus.

Für jemanden, der sich in oder nach der Schulzeit das erste Mal mit gesellschaftlichen Problemstellungen auseinandersetzt, können politische Prozesse distanziert oder gar abschreckend wirken. Im Verhältnis zur Bevölkerung findet sich in der Politik eine unterdurchschnittliche Vertretung junger Menschen, was eine Unterrepräsentation dieser Perspektive nahelegt. Ebenfalls zeigen sich die Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen als ausbaufähig, besonders für noch nicht wahlberechtigte Jugendliche. Hinzu kommt, dass Blickwinkel jüngerer Menschen mitunter als "unerfahren" oder "naiv" abgetan und somit stigmatisiert werden.

Demgemäß fordern wir von der Stadt Frankfurt, die Möglichkeiten des politischen Engagements und der politischen Bildung für jüngere Menschen auszuweiten. Die Perspektive jüngerer Generationen soll hierdurch sichtbarer in politischen Debatten und Entscheidungsfindungsprozessen vertreten werden. Die Förderung von Beteiligungsmöglichkeiten trägt zu einer Verbreitung politischer Beteiligung junger Menschen bei. Insbesondere wenn diese als Gelegenheit betrachtet werden kann, die eigene Zukunft aktiv mitzugestalten.

Konkrete Vorschläge für die Förderung einer politischen Teilhabe für jüngere Menschen sind die *Förderung demokratischer, parteiloser sowie politischer Jugendgruppen* durch die Stadt Frankfurt, wobei sowohl bestehende Gruppen, aber auch Neugründungen mit einbezogen werden sollen. Ein weiterer Ansatzpunkt besteht in der Möglichkeit, *kommunale Angebote nach dem Vorbild der Zentrale für politische Bildung (bpb/ LpB)* für die Stadt Frankfurt einzurichten. Eine *Erweiterung der Räume und Angebote zur politischen Diskussion*, auch mit intergenerationaler Ausrichtung, sehen wir ebenfalls als wünschenswert an, um einen möglichst inklusiven Austausch und die intergenerationelle Perspektivübernahme zu stärken. Zuletzt sehen wir auch in einer *Interessenvertretung von Jugendlichen und Kindern durch professionelle Vertreter*innen in Anlehnung an die Kinderbeauftragten* eine wertvolle Ergänzung einer intergenerationalen Stadtpolitik. Damit die Forderungen erfolgreich umgesetzt werden, richten wir die Forderungen in erster Linie an die Stabsstelle für Bürgerbeteiligung und an das Amt für Jugend und Soziales.

Abstimmungsergebnis:

41 Ja, 3 Nein, 2 Enthaltung

Gründe, warum mit "Nein" gestimmt wurde:

- » Nicht nur die Teilhabe junger Menschen, auch die Teilhabe der älteren Generation muss gestärkt werden.
- » Viele Menschen haben nicht die Kapazitäten sich gesellschaftlich zu beteiligen, weil sie am Existenzminimum leben. Dem müsste ebenfalls begegnet werden.

Gutes (intergenerationales) Klima

Ein gutes (intergenerationales) Klima für alle im gesamten Stadtbereich soll gefördert werden.

Wir leben in Zeiten eines aufgeheizten Klimas. Während über die besorgniserregende Lage unseres Planeten weitestgehender Konsens herrscht, findet sich gesellschaftliche Uneinigkeit im Umgang mit ökologischen Herausforderungen. Unterschiedliche Lebenslagen und Perspektiven führen zu unterschiedlichen Standpunkten, die der demokratischen Aushandlung bedürfen. Energische Diskussionen über den Klimawandel entladen sich nicht selten an einer intergenerationalen Konfliktlinie und beizeiten entsteht der Eindruck einer Spaltung zwischen den Generationen. Faktoren dieser (wahrgenommenen) Spaltung sind die Uneinigkeit über eine gemeinsame Basis an Informationen zur Sachlage, begleitet von teils mangelndem Verständnis *füreinander* und wahrscheinlich mehr Unterhaltung *übereinander* als *miteinander*. Dadurch zeigt sich der Klimadiskurs nicht immer von einer konstruktiven Seite.

Dabei haben wir es mit einem Problem zu tun, das uns alle früher oder später betreffen wird. Damit ergibt sich auch eine gegenseitige Verantwortung, die ein gemeinsames Vorgehen erforderlich macht. Wir sind davon überzeugt, dass auch die Stadt Frankfurt einer so großen wie wichtigen Herausforderung etwas beisteuern kann.

Beispielsweise wäre es möglich, *Räume zur öffentlichen Diskussion und Information* zum Thema Klimawandel einzurichten und zu fördern. Diese sollen insbesondere auf den Austausch zwischen Generationen ausgerichtet sein, um Verständnis *füreinander* sowie *Möglichkeiten zur Kooperation miteinander* zu stärken. Gemeinsame Projekte mit Anschluss an die Stadtpolitik zu verwirklichen, würde einer Spaltung der Generationen entgegenwirken und die individuelle Gelegenheit zum selbstwirksamen Handeln stärken. Generell muss das Thema Klima in der Frankfurter Stadtpolitik noch stärker mitbedacht werden, da die Folgeschäden auch andere soziale Konflikte verschärfen können. Für ein gutes Miteinander in der Stadt Frankfurt sollen *alle Generationen bei der Klimapolitik mitgedacht* werden. Gerechte *Ausgleichsmaßnahmen* halten wir hierbei ebenfalls für notwendig. Die *Kooperation der Stadt Frankfurt mit Wissenschaft und Universitäten* soll ausgebaut werden, um diesen anspruchsvollen Anforderungen gerecht zu werden: Einerseits im Rahmen der Ausrichtung und Umsetzung ökologischer Projekte, aber auch um die Stadt Frankfurt darin zu unterstützen, *Klimathemen eine höhere Priorität in der Stadtpolitik einräumen* zu können. Als Orientierung kann hierfür auf die Handlungsempfehlung des Demokratiekonvents 2021 zurückgegriffen werden.

Für ein gutes Zusammenleben in Frankfurt fordern wir also, dem Klimawandel, als zentralem Problem unserer Zeit, wirksam, sozial gerecht und mit Hinblick auf den

Austausch verschiedener Generationen entgegenzutreten. Auch wenn sich diese Herausforderung als global und extrem komplex zeigt, bietet doch gerade das alltägliche Zusammenleben in unserer Stadt ein wichtiges Fundament, bevorstehende Transformationen gemeinsam und konstruktiv gestalten zu können.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltung

Gründe, warum mit "Nein" gestimmt wurde:

- » Die Forderung schweift zu weit von dem Thema des diesjährigen Demokratiekonvents ab.
- » Die Forderung ist nicht konkret genug und bezieht sich zu sehr auf den DK2021.

DIE PROJEKTE IM EINZELNEN

Erweiterung von “Frankfurt hilft”

Die Ehrenamtsplattform “Frankfurt hilft” soll ansprechender gestaltet und erweitert werden.

Der Wunsch, etwas Gutes für die Gemeinschaft zu tun, eint Menschen von jung bis alt. Nicht erst seit der Coronapandemie wissen wir: Viele Frankfurter*innen wollen helfen! Zahlreiche Anbieter und Träger leisten bereits wertvolle Arbeit, doch das “Matching” von Hilfsangebot und Hilfs gesuch ist mangelhaft. Aus der Sicht von jungen, digital-affinen Menschen sind die bisherigen Möglichkeiten, sich zu engagieren, schwer zu überblicken. Für Menschen, die keinen Zugang zu digitalen Medien haben oder diese nicht aktiv nutzen, stellt sich diese Suche noch schwieriger dar.

Die Plattform “Frankfurt hilft” ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie bündelt bestehende Hilfsangebote und benennt konkrete Bedarfe im Bereich der Geflüchteten- und Wohnungslosenhilfe. Wir wollen, dass “Frankfurt hilft” geöffnet, erweitert und optimiert wird. Zukünftig soll “Frankfurt hilft” die zentrale Stelle für ehrenamtliches Engagement werden, um bestehende Angebote bekannter zu machen und ein besseres “Matching” zwischen Helfer*innen und Hilfesuchenden zu ermöglichen. Dafür braucht es eine gute Suchfunktion und anwenderfreundliche Filtermöglichkeiten. Außerdem muss “Frankfurt hilft” - vor allem bei einer inhaltlichen Erweiterung - übersichtlicher werden. Auch muss es möglich sein, analog von der verbesserten Ehrenamts-Plattform zu profitieren: Eine zentrale Anlaufstelle beim Bürgeramt oder ein entsprechendes Bürgertelefon können dies gewährleisten.

WAS SPRICHT DAFÜR?

1. Viele Frankfurter*innen wollen sich ehrenamtlich engagieren, finden aber kein zu ihren Interessen passendes Ehrenamt.
2. Sowohl Digital Natives, als auch “analoge” Mitbürger*innen werden erreicht.
3. Ehrenamt dient als Ort der Begegnung zwischen den Generationen

Abstimmungsergebnis:

42 Ja, 0 Nein, 4 Enthaltung

Gründe, warum mit “Nein” gestimmt wurde:

- » *Frankfurt hilft* erreicht nicht genügend Menschen. Die Website richtet sich nur an Menschen, die sowieso schon Interesse an Ehrenamt haben und ist unattraktiv für die jüngere Generation.

Digitale Feuerwehr

Die Teilhabe an der Digitalisierung soll für alle ermöglicht werden.

Nicht alle Menschen haben Vertrauen in die Digitalisierung und nutzen digitale Angebote. Das spaltet zunehmend die Gesellschaft. Menschen, die weiterhin hauptsächlich auf analoge Angebote und Lösung zurückgreifen möchten, dürfen nicht ausgeschlossen oder abgehängt werden. Gleichzeitig sollte die Digitalisierung als Trend nicht verschlafen, sondern generationenfreundlich umgesetzt werden. Es braucht personelle und finanzielle Ausstattung für Informationstechnologien (IT) und eine höhere Sichtbarkeit für digitale und analoge Erstangebote.

Dazu sollte das aktuelle Angebot von Technik-Cafés erweitert werden, hin zu einem Café pro Stadtteil. Ein ausgebauter Stadtteilbus als mobiles IT-Café wäre auch wünschenswert. IT-Beratung und Schulungen für mobilitätseingeschränkte Personen sollten angeboten werden.

Das Projekt könnte mithilfe von Spenden von Großunternehmen sowie IT-Firmen finanziert werden. Die Firmen könnten beispielsweise auf den Stadtteilbussen Werbung machen. Leasinggeräte von Firmen können an Menschen mit kleinem Geldbeutel weitergegeben werden. Außerdem könnten die Nutzerinnen und Nutzer ein kleines Entgelt zur Anerkennung der Beratung zahlen. Die Stadt Frankfurt finanziert notwendige Personalstellen.

WAS SPRICHT DAFÜR?

1. Das Projekt bezieht "analoge" Mitbürger*innen mit ein.
2. Dem offensichtlichen Bedarf an Unterstützung und Weiterbildung besonders in der älteren Generation wird begegnet.
3. Durch das Projekt werden Wissensbarrieren abgeschafft.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja, 0 Nein, 11 Enthaltung

Zentrum für intergenerationale Nachbarschaftsbegegnungen

Nachbarschaftszentren sollen in allen Stadtteilen zentrale Anlaufstellen für alle Generationen werden.

In jedem Stadtteil Frankfurts soll es generationenübergreifende, inklusive Orte der Begegnung geben. Daher soll in jedem Stadtteil ein professionell geführtes Zentrum für intergenerative Nachbarschaftsbegegnungen eingerichtet werden, in dem Beratung, Information und Austausch stattfinden. Das Zentrum soll Dreh- und Angelpunkt für die verschiedenen Angebote im Stadtteil sein und einen besonderen Schwerpunkt auf generationenübergreifende Projekte legen.

Neben Sprechstunden (z.B. von den Stadtbezirksvorsteher*innen, Sozialbezirksvorsteher*innen oder den Kinderbeauftragten) sollte es sowohl Unterstützungs- als auch Freizeitangebote geben. Auch Gruppen und Vereine sollten die Räumlichkeiten nutzen können. Die genaue Ausgestaltung kann von Stadtteil zu Stadtteil unterschiedlich sein - schließlich hat jeder Stadtteil andere Herausforderungen und damit auch andere Bedarfe. Um diese zu ermitteln, sollten Bürger*innenbefragungen durchgeführt werden. Um trotz der unterschiedlichen Ausgestaltung gewisse Mindeststandards zu gewährleisten, soll eine Checkliste für Mindeststandards erstellt werden.

Wichtig ist, dass es in wirklich jedem Stadtteil Frankfurts ein solches Zentrum gibt, das zentral gelegen, barrierefrei zugänglich und im Stadtteil bekannt ist. Es sollte daher auch gut ausgeschildert sein. Die Stadt Frankfurt sollte eine Art Dachmarke mit einheitlichem Logo entwickeln, die Wiedererkennungswert hat (vgl. Saalbau). Die Zentren sollten als Teil des "Begrüßungspakets" bei der Ummeldung beworben werden.

Die Zentren sollten teils professionell, teils ehrenamtlich geführt werden. Dabei bietet sich eine enge Zusammenarbeit mit den Quartiersmanager*innen an. Um die Betreuung der Zentren in allen Stadtteilen zu gewährleisten, bräuchte es eine personelle Aufstockung der Quartiersmanager*innen.

Finanziert werden müsste das Angebot in erster Linie durch die Stadt Frankfurt, ggfs. auch durch Stiftungen, Sponsoren oder Crowdfunding. Neben den Quartiersmanager*innen sollten die Sozialräthäuser, das Kinderbüro sowie Kirchen und Vereine des jeweiligen Stadtteils in die Planung einbezogen werden. Dabei kann geprüft werden, welche Angebote es bereits gibt, wie diese erweitert oder zentralisiert werden können und welche Räumlichkeiten für die Zentren in Frage kommen.

WAS SPRICHT DAFÜR?

1. Es ist neu: es gibt noch keinen zentralen Ort für intergenerationale Begegnung
2. Es ist präventiv: Es beugt Vereinsamung in allen Altersklassen vor.
3. Es kann an das Quartiersmanagement der Stadt Frankfurt angeknüpft werden.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja, 1 Nein, 11 Enthaltung

Gründe, warum mit "Nein" gestimmt wurde:

- »» Das Projekt ist zu kostenintensiv und richtet sich an zu viele verschiedene Akteur*innen.

Bezahlbares Wohnen für Hilfe

Auch auf dem Wohnungsmarkt sollen die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Generationen verbunden werden.

Das Projekt *Bezahlbares Wohnen für Hilfe* zielt darauf ab, den angespannten Wohnungsmarkt für junge Menschen in der Ausbildung zu entschärfen und gleichzeitig älteren Menschen mit Unterstützungsbedarf die Möglichkeit zu geben, länger in den eigenen vier Wänden zu bleiben und der Vereinsamung im Alter entgegenzuwirken. Mittels einer Wohnungsbörse können Senior*innen freie Zimmer an Studierende und Azubis (unter-)vermieten. Letztere zahlen eine geminderte Miete, indem sie ihre Vermieter*innen für eine vereinbarte Stundenzahl pro Woche unterstützen. Die Unterstützung kann dabei vielfältige Formen annehmen, z.B. Einkaufshilfe, technische Unterstützung, Begleitung zu Arztbesuchen, Gartenpflege, gemeinsame kulturelle Aktivitäten etc. Pflegetätigkeiten sollten nicht übernommen werden. Die genauen Aufgabenbereiche und der Umfang der Unterstützung sind vertraglich zu regeln.

Die Grundannahmen des Projekts sind, dass es in Frankfurt einerseits einige ältere Menschen gibt, die in zu großen Wohnungen leben und Unterstützungsbedarf haben und andererseits einige junge Menschen, die ein bezahlbares Zimmer suchen und bereit sind, sich auf dieses Wohnkonzept einzulassen. Ob diese Annahmen zutreffen, müsste zunächst im Rahmen einer Bedarfsanalyse anhand von Befragungen und statistischen Daten geprüft werden.

Die Finanzierung einer Vermittlungsstelle könnte über öffentliche Mittel, Spenden, Mitgliedsbeiträge oder je nach Ausgestaltung über Semesterbeiträge erfolgen.

Die Vermittlungsstelle kann entweder direkt bei der Stadt oder bei einer ihrer sozialen Partnerorganisationen (Caritas, Diakonie, AWO etc.) angesiedelt werden. Alternativ kann eine solche Stelle auch beim Frankfurter Studierendenwerk eingerichtet werden - dann wäre das Projekt jedoch auf Studierende beschränkt.

Aufgabe der Vermittlungsstelle ist es in erster Linie, einen reibungslosen Matching-Prozess zu koordinieren, die Interessenten (rechtlich) zu beraten und für das Projekt zu werben. Darüber hinaus fungiert die Vermittlungsstelle als Kontrollinstanz zwischen den beiden Parteien, erstellt Verträge und ist Ansprechpartner im Konfliktfall. Um möglichst viele Menschen für das Projekt zu begeistern, müssen eine Website und eine Hotline eingerichtet sowie Werbemaßnahmen (Anzeigen, Plakate) durchgeführt werden.

WAS SPRICHT DAFÜR?

1. Das Projekt ist im Interesse aller: Junge Menschen erhalten bezahlbaren Wohnraum, ältere Menschen erhalten Hilfe und können länger in der eigenen Wohnung bleiben.
2. Durch die effizientere Nutzung bestehenden Wohnraums wird die Wohnungsnot gelindert.
3. Durch das gemeinsame Zusammenleben wird der intergenerationale Austausch gefördert und die soziale Isolation verringert.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja, 2 Nein, 11 Enthaltung

Mein Leben, Dein Leben - Dialog in der Schule

Die Schule soll als Ort für intergenerationale Begegnung genutzt werden.

In einer sich rasant entwickelnden Welt ist die Lebenswirklichkeit heutiger Schüler*innen eine ganz andere als vor 20, 30, 40 Jahren. Sowohl bei Jung als auch Alt führt dies mitunter zu Unverständnis und pauschalen Urteilen. Mit dem Format *Mein Leben, Dein Leben* wollen wir in weiterführenden Schulen Begegnungsmöglichkeiten schaffen, bei denen verschiedene Generationen voneinander und miteinander lernen. Ehrenamtliche "Lebensexpert*innen" mit vielfältigen beruflichen und privaten Hintergründen bieten sich als Dialogpartner*innen an. Die Lebensexpert*innen können innerhalb der Elternschaft einer Schule gewonnen werden sowie durch die gezielte Ansprache von Betrieben oder Vereinen. Die Vermittlung zwischen Schulen und Lebensexpert*innen erfolgt durch das Schulamt.

Im Rahmen von *Mein Leben, Dein Leben* können gesellschaftlich relevante Fragestellungen diskutiert sowie persönliche und berufliche Erfahrungen geteilt werden. Dabei sollen keine einseitigen Vorträge gehalten werden, sondern Gespräche auf Augenhöhe stattfinden. So ergeben sich Vorteile für beide Seiten: Ältere Menschen werden feststellen, welche Fragen und Probleme zeitlos sind und welche generationenspezifischen Herausforderungen es gibt. Die Schüler*innen können anhand der Erfahrungen und (Miss-)Erfolge der Lebensexpert*innen Orientierung für ihr eigenes Leben gewinnen. Das Format bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für bestehende Programme und Initiativen. Denkbar ist eine Integration in bestehende und zukünftige Ganztageskonzepte, in das *Löwenstark - Aufholprogramm für Schüler*innen* sowie eine Zusammenarbeit mit Trägern der Schulsozialarbeit und Seniorenarbeit.

WAS SPRICHT DAFÜR?

1. Die Idee fand beim Demokratiekonvent Zustimmung von Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern.
2. Der finanzielle Aufwand ist gering, da auf bestehende Strukturen aufgebaut werden kann.
3. Erwachsene und Schüler*innen lernen Gemeinsamkeiten kennen.

Abstimmungsergebnis:

40 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung

Barrierefreie Mobilität

Barrierefreie Mobilität soll die gesellschaftliche Teilhabe aller Generationen ermöglichen.

In Frankfurt gibt es einige Barrieren auf Wegen und Plätzen, die die Mobilität im Allgemeinen und damit auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren. Dazu gehören u. a. abgestellte E-Roller, widerrechtlich geparkte Autos und Sperrmüll auf Gehwegen. Damit alle Frankfurter*innen und Besucher*innen, egal welchen Alters und mit welchen Einschränkungen gut zu Fuß, mit dem Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl unterwegs sein können, müssen diese Barrieren abgebaut werden. Auch andere Barrieren, z.B. beim Übergang zum ÖPNV, müssen noch weiter verringert werden.

Konkret sollten feste Stellflächen für Roller und Fahrräder ausgewiesen werden, damit diese nicht auf Gehwegen, vor Hauseingängen etc. abgestellt werden. Weiterhin sollten Reglementierungen für Behörden vereinfacht werden, um Barrieren im öffentlichen Raum leichter kontrollieren und beseitigen zu können.

Über eine zentrale Meldestelle können Barrieren im öffentlichen Raum den Behörden gemeldet werden, damit sie möglichst zeitnah beseitigt werden. Das Projekt könnte mit Bußgeldern für falsch abgestellte Fahrzeuge im freien Bewegungsraum finanziert werden.

WAS SPRICHT DAFÜR?

1. Die Menschen in Frankfurt können sich leichter zu Fuß und mit dem ÖPNV fortbewegen, was die Gesundheit fördert und das Klima schont.
2. Die Attraktivität des öffentlichen Raumes steigt, wenn Barrieren wie Sperrmüll und herumliegende E-Roller entfernt werden. Die Menschen bewegen sich gerne im öffentlichen Raum.
3. Barrierefreie Mobilität ist die Voraussetzung für die Teilhabe aller am öffentlichen Leben.?

Abstimmungsergebnis:

37 Ja, 2 Nein, 7 Enthaltung

Ei-Gude-Platz

In Nachbarschaft und Alltag soll es mehr intergenerationale Begegnungen geben.

Menschen verschiedener Generationen leben immer häufiger nebeneinander statt miteinander. Der Ei-Gude-Platz lädt zur Begegnung und zum Austausch verschiedener Generationen auf Quartiersebene ein. In Kooperation mit lokalen Künstler*innen sollen ansprechend gestaltete Sitzgruppen bestehend aus Tischen und Bänken an öffentlichen Plätzen installiert werden. Eine Info-Tafel lädt die Menschen zum Verweilen ein und erklärt das Prinzip. Durch ausklappbare Schilder kann man seinen "Bedarf" anzeigen (ähnlich wie bei einer "Mitfahrbank"): "Ich habe ein offenes Ohr", "Ich bin offen für gemeinsame Aktivitäten", "Ich teile gerne mein Essen", etc. Die mit Fragen bedruckten Tische erleichtern zusätzlich den Gesprächseinstieg. Bei der Gestaltung der Sitzgruppen sollen zwingend die Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter Menschen berücksichtigt werden.

Der Ei-Gude-Platz versteht sich als Startpunkt für einen intergenerationalen Treffpunkt. Perspektivisch soll der Ei-Gude-Platz mit weiteren Angeboten verknüpft werden, sei es ein Bücher- oder Spieleschrank, ein Hochbeet, um Urban Gardening zu betreiben oder niedrigschwellige Bewegungsmöglichkeiten im Sinne eines Mehrgeneration-Spielplatzes. Lokale Vereine, Initiativen und Quartiersmanager*innen sind eingeladen, den Ei-Gude-Platz zu bespielen und sich einzubringen.

WAS SPRICHT DAFÜR?

1. Förderung der sozialen Interaktion und Integration aller Generationen.
2. Nutzung und Belebung bisher nicht (gut) genutzter öffentlicher Räume.
3. Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und der nachbarschaftlichen Beziehungen.

Abstimmungsergebnis:

29 Ja, 4 Nein, 13 Enthaltung

Gründe, warum mit "Nein" gestimmt wurde:

- » Es gibt dringlichere Themen im Bereich der Intergenerationalität, die zunächst angegangen werden sollten.
- » Dieses Angebot ist für Teile der Gesellschaft (z.B. Jugendliche) nicht ansprechend.

#750.000 für 750.000

Instagram soll als generationsübergreifende Plattform für das Ehrenamt dienen.

Die Auswirkungen des demographischen Wandels stehen erst am Anfang. Der Vereinsamung von älteren Menschen aber auch der jungen Generation muss entgegengewirkt werden. Oft finden junge Menschen nicht den Zugang zu ehrenamtlichen Tätigkeiten, sie werden nur unzureichend erreicht.

Mit dem Projekt *Instagram-Kanal für das Ehrenamt* soll Frankfurt das Ehrenamt noch weiter fördern. Für junge Menschen sollen dafür in den sozialen Medien Plattformen erstellt werden, die es ihnen leichter machen, einen Zugang zum Ehrenamt zu finden. Konkret soll ein Instagram-Account für das Ehrenamt erstellt werden. Junge Leute arbeiten projektbezogen, also zeitbegrenzt und auf ein konkretes Ziel ausgerichtet. Mit der Instagram-Kampagne wird man diesem Trend gerecht und kann junge Menschen punktuell und projektbezogen ansprechen. Neubürger*innen und (Neu-)Rentner*innen, die heute schon über Plakate, Anzeigen und Internet-Auftritte der Stadt erreicht werden, können über den Instagram-Auftritt weiter animiert werden, sich für das Ehrenamt zu begeistern.

Für den Instagram-Auftritt soll ein Social-Media-Team zuständig sein, das aus Social Media affinen Schüler*innen und Studierenden gebildet wird. Diese können nach einem Jahr ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit ein Zertifikat oder einen von der Universität anerkannten Schein bekommen. Desweiteren wird ein Zweier-Team als Botschafter*innen für den Social-Media-Auftritt gesucht und ernannt. Sie fungieren als Beirat, unterstützen die Koordination und übernehmen die Qualitätskontrolle für den Instagram-Auftritt. Sie arbeiten eng und konstruktiv mit dem „Social Media Team“ zusammen. Das Zweier-Team ist mit einer jungen und einer älteren Person besetzt. Die Koordination des Instagram-Auftritts und der Botschafter*innen muss durch eine städtische Institution übernommen werden. Denkbar wäre hier zum Beispiel eine Beteiligung des Dezernat V oder der Stabstelle für Bürger*innenbeteiligung. Folgende Aufgabe sollte der städtische Ansprechpartner übernehmen:

- Erstellen der Vision, der Leitlinien und der Aufgabenbeschreibung für das Social media Team und die Botschafter*innen
- Klärung mit Lehrbeauftragten der Berufsschulen und Universitäten zur Vergabe von Scheinen und Zertifikaten für die ehrenamtlichen Tätigkeiten
- Anwerbung und Auswahl von Ehrenamtlichen
- Hosten des Instagram-Auftritts
- Koordination der Tätigkeiten und Aktivitäten
- Ansprechstelle für die Botschafter*innen (die sich wiederum um das Social Media Team kümmern)
- Qualitätskontrolle des Instagram-Auftritts zusammen mit den Botschafter*innen
- Weiterentwicklung der Vision zusammen mit den Botschafter*innen

Die Quartiermanager*innen sollen konkret animiert werden, den Instagram-Auftritt zu nutzen, um ihre Vorgänge und Bedürfnisse in den Stadtteilen vorzustellen.

WAS SPRICHT DAFÜR?

1. Das Projekt bringt Menschen unterschiedlichen Alters direkt mit dem Thema Ehrenamt in Kontakt.
2. Junge Leute werden zu ehrenamtlichen Tätigkeiten animiert.
3. Das Projekt schafft mehr Transparenz bei ehrenamtlichen Tätigkeiten in Frankfurt.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja, 4 Nein, 15 Enthaltung

Gründe, warum mit "Nein" abgestimmt wurde:

- » Ältere Generationen werden durch Instagram nicht angesprochen. Daher sollte die Instagram-Plattform mit einer motivierenden Plakatkampagne verbunden werden.
- » Die Projektidee sollte mit *Frankfurt hilft* verbunden werden.

ZUSAMMENFASSUNG

Den Status Quo in Frankfurt im Blick, war der Ausgangspunkt aller Kleingruppen die Forderung an die Stadt, bereits bestehende Projekte und Strukturen zu stärken. So wurde beim Markt der Möglichkeiten deutlich – es gibt bereits vielversprechende Initiativen und Projekte in Frankfurt, die sich um die Bedürfnisse der verschiedenen Generationen bemühen, doch es wurde auch deutlich, dass es oft an finanziellen und ehrenamtlichen Ressourcen sowie Vernetzung mangelt. Daher formuliert der Demokratiekonvent 2023 die Forderung an die Stadt bestehende generationenübergreifende und generationenspezifische Angebote weiter zu stärken und auch explizit städtische Strukturen in diesem Bereich weiter auszubauen.

Die Idee, die Bedürfnisse der verschiedenen Generationen nicht einzeln zu denken, sondern miteinander zu verbinden, zieht sich wie ein roter Faden durch die entwickelten Projektideen. In der Erkenntnis, dass den Bedürfnissen der einen Generation durch ein "Geben-Können" der anderen Generation begegnet werden kann, steckt ein enormes, bisher ungenutztes Potenzial zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Stadt Frankfurt darf jedoch nicht darauf setzen, dass dieses "matching" ohne ihr Zutun zustande kommt, sondern muss das Zusammenbringen von Angebot und Nachfrage aktiv gestalten.

Am Ende des Demokratiekonvents steht das Ziel im Zentrum, die Quantität und Qualität der Begegnungen zwischen den Generationen im öffentlichen Leben zu erhöhen. Um diesem Ziel näher zu kommen, haben die Teilnehmenden des Demokratiekonvents verschiedene Hebel identifiziert: Angebote in den Stadtteilen, die sich an spezifische Generationen richten, sollen so gestaltet werden, dass sie miteinander verschränkt sind und die Generationen miteinander statt nebeneinander leben. Der *Ei-Gude-Platz* und die Stärkung von Nachbarschaftszentren sollen hier wirksam werden. Auch die Forderungen nach barrierefreier Mobilität und generationengerechter Stadtplanung knüpfen hier an. So macht das Mitdenken der generationenspezifischen Bedürfnisse bei Mobilität und Stadtplanung die gesellschaftliche Teilhabe aller Generationen und somit Kontakt zwischen den Generationen überhaupt erst möglich. Die Projektidee #750.000 für 750.000 und die Forderung, die Ehrenamtsplattform *Frankfurt hilft* weiter auszubauen, setzen ihren Fokus bewusst auf das Ehrenamt als gesellschaftlichen Teilbereich, in dem Kontakt zwischen Generationen stattfindet und gleichzeitig generationenspezifischen Bedürfnissen begegnet wird. Auch das Schulprojekt *Mein Leben – Dein Leben* hat sich dem Ziel verschrieben intergenerationalen Dialog in der Schule, als öffentlichem Raum, zu etablieren. Hier stehen Wissenstransfer und biographisches Verständnis füreinander im Vordergrund.

Diese Begegnungsmomente betrachten die Teilnehmenden des Demokratiekonvents als Bausteine, um Spaltung und Polarisierung zwischen den Generationen

entgegenzuwirken und somit dem demographischen Wandel konstruktiv begegnen zu können. Diese Begegnungsmomente erscheinen auch elementar, um politische Konflikte, die unter anderem entlang von Generationenlinien geführt werden, wie zum Beispiel dem Klimawandel, miteinander und mit gemeinsamer Energie zu lösen.

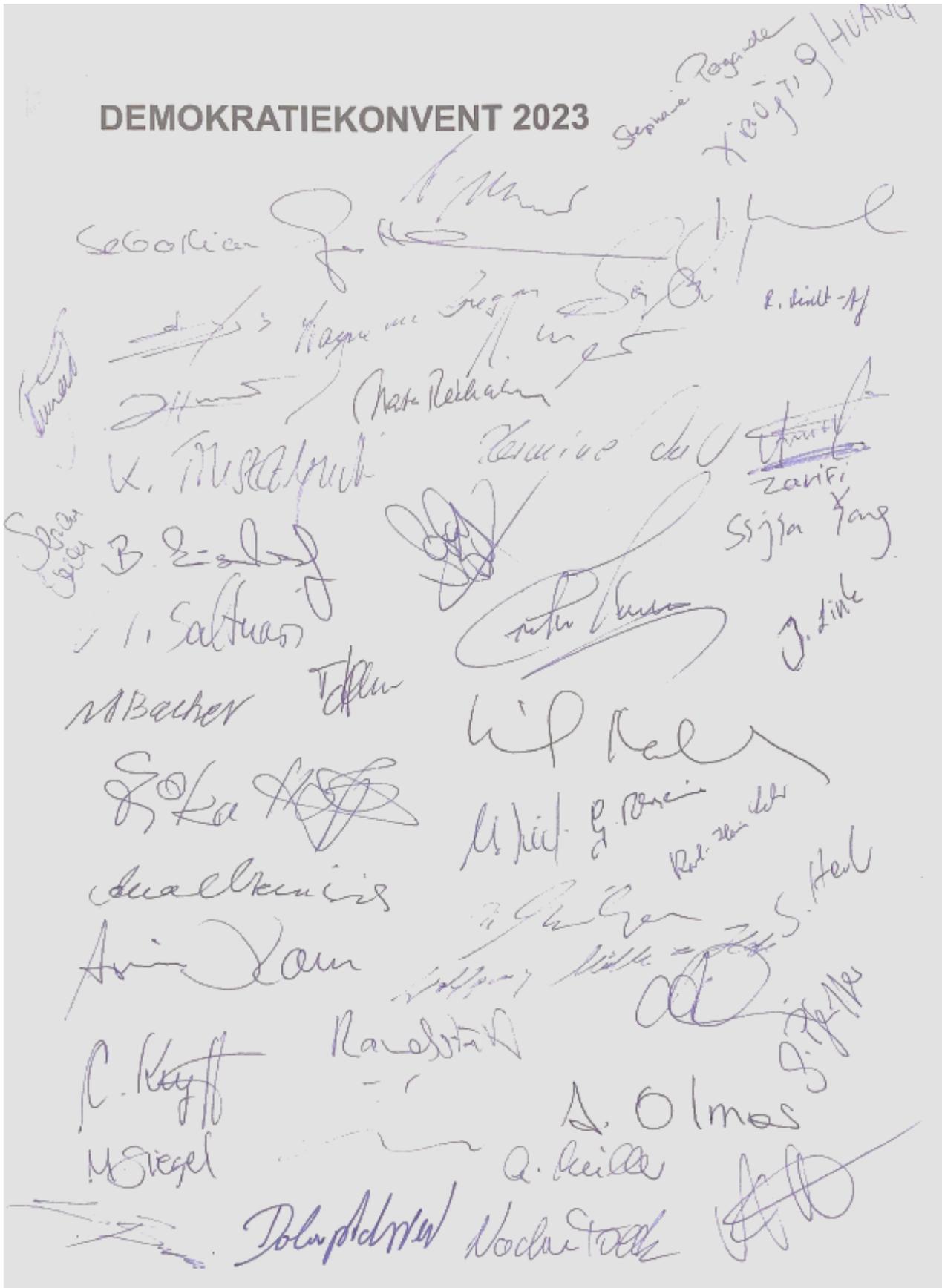
Am Ende des Demokratiekonvents 2023 steht somit eine Botschaft an die Stadt: es sollen Strukturen geschaffen und gestärkt werden, die intergenerationale Begegnungsmomente in verschiedenen Sphären des öffentlichen Lebens etablieren.

TEILNEHMENDE UND MAW-TEAM



Die Teilnehmenden und das Team von mehr als wählen nach der Vorstellung der Projektideen und Forderungen im Plenarsaals des Römers.

UNTERSCHRIFTEN



UNSERE KOOPERATIONSPARTNER

